

Jahreshauptversammlung 2023 der SPD Bad Berneck

Intern steht beim SPD-Ortsverein so gut wie alles auf Kontinuität. So geht der gesamte, paritätisch besetzte Vorstand unverändert in seine dritte Amtszeit. Auch die Finanzen sind solide wie eh und je. Mögen anstehende Herausforderungen thematisch auch immer wieder andere sein. Ihre jeweilige Größe bleibt in der Regel ebenso recht konstant hoch. Aber die Genossinnen und Genossen gehen sie ebenfalls kontinuierlich und stets frohen Mutes und mit Zuversicht an.

Und wenn Wahlkämpfe anstehen, rücken sie immer wieder aufs Neue enger zusammen, schließen ihre Reihen. 2023 ist wieder so ein Wahljahr. Unter diesen Zeichen standen auch die prominenten auswärtigen Ehrengäste. Staatssekretärin Anette Kramme, MdB, mit dem SPD-Kandidaten im Stimmkreis 403, Bayreuth, Halil Tasdelen. Vor allem aber war es der eigene Kandidat, Bezirksrat Holger Grießhammer aus Weißenstadt. Er zeigte sich bei seinen Themen im Grußwort fest entschlossen, die Nachfolge von Inge Aures, MdL, im Stimmkreis 408, Wunsiedel, Kulmbach erfolgreich anzutreten.

Ein SPD-Erfolg für die Bayerischen Vereine der Brauchtums- und Heimatpflege

Grießhammer begann gleich mit einem „kleinen Erfolg“ der SPD-Landtagsfraktion, der auch ein persönlicher ist. So hatte Inge Aures im Februar im Maximilianeum den Antrag eingebracht, die Vereine der Brauchtums- und Heimatpflege, darunter auch Faschingsvereine, wegen gestiegener Energiepreise mit 5 Millionen Euro finanziell zu entlasten. Im Haushaltsausschuss kam in der 2. März-Woche aktuell ein Kompromiss mit 2,5 Millionen Euro zustande: „Denn in einem Wahljahr wollte sich auch die CSU gut mit den Vereinen stellen“. Der Ausgangspunkt dieses Erfolgs war, dass ihn der Marktredwitzer Norbert Greger, Bezirkspräsident Bezirk Oberfranken im Fastnachtverband-Franken e.V., darauf angesprochen hatte und er diese Bitte um Unterstützung gleich an Aures weitergegeben hat.

Aus der Kommunalpolitik stammend sprach Grießhammer weitere persönliche Schwerpunkte seiner künftigen Landtagsarbeit an, die die Menschen vor Ort sehr direkt berühren. Es geht um die Erhöhung des Anteils am Steueraufkommen der Gemeinden von derzeit 13,5 auf 15 Prozent. Zwar haben die Stabilisierungshilfen finanzschwachen Gemeinden geholfen, aber die Ursachen nicht beseitigt. Allerdings befürchtet Grießhammer, dass es nach der Wahl keine „Stabi-Hilfen“ mehr gibt. Denn die geforderten Auflagen werden immer härter.

Anmerkung: Diese Befürchtung ist nicht aus der Luft gegriffen. Hinweise geben die folgenden Fakten. Denn mit dem ersten Nachtragshaushalt 2020 („Sonderfonds-Corona-Pandemie“) wurde eine Kreditaufnahme von zehn Milliarden Euro beschlossen, mit Tilgung ab Haushaltsjahr 2024 jährlich 1/20 der bis Ende des Haushaltsjahres 2023 noch nicht zurückgeführten Schulden des Sonderfonds. Diese Tilgung muss also im Jahr nach der Wahl beginnen. Bei zehn Milliarden Kreditaufnahme ohne vorherige Rückführungen wären dies 500 Millionen Euro pro Jahr!

Später wurde der Rahmen zur Kreditaufnahme für die Jahre 2020 und 2021 auf 20 Milliarden Euro verdoppelt und der „Bayern-Fonds“ für Unternehmenshilfen eingerichtet. Die Tilgungen werden in der Folge zwangsläufig den Spielraum für alle anderen variablen Leistungen einschränken.

Zum Vergleich: Interessant ist auch die Höhe der jeweiligen Stabilisierungshilfen. Im Jahr 2019, vor Corona, betrug die Summe noch 150 Millionen Euro. „Im Jahr 2020 wurde der Ansatz aufgrund des inzwischen geringeren Bedarfs auf 120 Millionen Euro angepasst.“, vermerkt dazu das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat auf Seite 53 seiner 8. Auflage „Der kommunale Finanzausgleich in Bayern“ vom April 2022. Das entspricht bereits einer **Kürzung um 20 Prozent!**

Zur Erinnerung: Nur mit einem drastischen Sparprogramm konnte der Stadtrat die ursprüngliche Rückforderung des Staatsministeriums der 1,2 Millionen Euro Stabilisierungshilfe des Jahres 2020 gerade noch abwenden! Das sollte man/frau bis zum 8. Oktober vielleicht nicht ganz vergessen!

Die Gewinnung junger Ärztinnen und Ärzte zur Versorgung im ländlichen Raum sieht er als Staatsaufgabe, die bisher allein bei den Gemeinden hängt, denen jedoch die finanzielle Ausstattung auch dazu fehlt. Die BayernSPD unterstützt die Initiative „Pflege zuhause“. Für pflegende Angehörige muss es dann aber auch einen Lohnausgleich geben. Da Dauerpflege absehbar künftig noch viel mehr zuhause bei den Menschen wird stattfinden müssen, will er sich für die Ansiedlung einer „zentralen Stelle“ einsetzen, damit die Angehörigen bei Antragstellungen Hilfe erhalten und alles schneller läuft, vorzugsweise in Trägerschaft des Bezirks Oberfranken, in dessen Aufgabenkatalog dies passt. Außerdem muss Tourismusförderung endlich zur kommunale Pflichtaufgabe werden.

Abschließend forderte er die Anwesenden auf, die Wählerinnen und Wähler aufzuklären über die vielen Widersprüche und Versäumnisse der CSU/FW-Staatsregierung. Diese betreibt zur Ablenkung von eigenen Mängeln und ihrer langjährigen Mitverantwortung auf Bundesebene stattdessen „Ampel-Bashing“. Sein Fazit: „Um dies zu ändern braucht es am 8. Oktober ein starkes Wahlergebnis für die BayernSPD!“

Inhaltlich schloss Halil Tasdelen sich Griebhammer an. Wichtig ist ihm eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Landkreis-SPD ebenso wie zwischen den Stimmkreisen. In diesem Zusammenhang führte er noch aus: „Ich freue mich, dass unser oberfränkischer Spitzenkandidat Handwerksmeister ist und diesmal kein Akademiker“, was er aber nicht etwa als „akademikerfeindlich“ verstanden wissen will.

Krisenbewältigung auf Bundesebene

„Wir leben in einer schwierigen Zeit voller Krisen“, begann Anette Kramme, MdB, ihr Grußwort und ging in ihrer Beschreibung ein auf die Gesamtsicht von der Bundesebene aus. Rückblickend sei das Land vergleichsweise noch gut durch zwei Jahre Corona gekommen, auch wirtschaftlich. Das war mit hoher Kreditaufnahme zur Gewährung von Unterstützungsleistungen, wie Kurzarbeitergeld und Preisbremsen verbunden. Noch hat die Neuverschuldung nicht die Höhe aus der Finanzkrise erreicht.

Ukraine-Krieg und die Zeitenwende haben zur Folge, dass die Bundeswehr verstärkt neu ausgerüstet werden muss. 100 Milliarden Euro sind noch zu wenig. Fehler sind gemacht worden bei der Einschätzung von Putin's Absichten. Das trifft jedoch nicht die SPD allein, wie manche glauben machen wollen. Auch ist Deutschland nicht der Hauptlastträger beim Fluchtgeschehen: „Wir müssen die Menschen hier aufnehmen und ihnen Schutz gewähren.“ Hinsichtlich der Energieversorgung wären wir recht gut über den Winter gekommen.

Olaf Scholz und die Bundesregierung haben nach Kriegsausbruch vorausschauend gehandelt. „Aber noch ist das im nächsten Winter nicht gesichert.“ Energiesparen ist weiterhin zwingend erforderlich. Und gleichzeitig ebenso Maßnahmen gegen den Klimawandel. Unter Wahrung des Vertrauens.

Fach- und Arbeitskräftemangel lassen sich nicht allein mit Qualifizierung im Inland lösen. Um Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme zu halten, braucht es einen Zuwanderungsüberschuss von etwa 400.000 Fach- und Arbeitskräften. Zur sozialen Absicherung wurde unter anderem erreicht der Mindestlohn mit 12 Euro/Stunde und das Bürgergeld. Weiter steht an die Sicherung des Rentenniveaus.

Zurück auf der Bad Bernecker Ortsebene mit Rückblick sowie Aussicht

Udo Sauerstein verwies in seinem Bericht zur Arbeit der Stadtratsfraktion an erster Stelle darauf, dass es die SPD war, welche die Forderung nach einem LKW-Durchfahrtsverbot in der Oberstadt bei Stausituation auf der A9 über Inge Aures initiativ in den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr eingebracht hat. Denn jahrelang hatte sich da nichts getan. Jetzt steht wenigstens die Ausschilderung.

Angesichts der großen Zahl der Geflüchteten aus Afrika, Asien und zuletzt aus der Ukraine hat die Fraktion kürzlich einen Antrag im Stadtrat eingebracht, die Forderung einer Teilzeitstelle zur Integration an Freistaat und Bund erneut zu stellen. Auch vor dem Hintergrund, dass insgesamt über 600 Personen mit anderer Staatsangehörigkeit unter uns leben, darunter fast 250 aus EU-Staaten. Abzüglich der circa 200 Geflüchteten verbleiben knapp 200 weitere Migranten aus sogenannten Drittstaaten, die es ebenfalls zu integrieren gilt. Anteilig geht es um rund 13 Prozent der Wohnbevölkerung.

Die Idee zu einem gemeinsamen Waldkindergarten kam vom Goldkronacher Bürgermeister Holger Bär. Die Überlegung eines geeigneten Standorts im Dendrologischen Gartenstammt aus der SPD-Stadtratsfraktion. Eine geglückte Umsetzung dort würde Druck vom einem Neubau nehmen.

Die Zusammenarbeit unter den Fraktionen im Stadtrat bezeichnete Sauerstein insgesamt als gut. Über die Fraktionsgrenzen ist die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister durchweg konstruktiv. Zunehmend kritisch sieht er jedoch einen Umstand: „30 Jahre lang stellte die SPD den Jugendreferenten im Stadtrat, immer mit Ferienprogramm. Die Fraktionen von CSU und FW glaubten wohl nach der letzten Kommunalwahl mit dieser Tradition brechen zu können. Gegen die Stimmen der SPD, die mit Zuhail Giray eine geeignete Kandidatin vorschlug, ging diese Aufgabe zwar an das jüngste Stadratsmitglied. Seither passiert im Referat aber erkennbar nichts mehr. Bereits im letzten Jahr wurden bei vorher absehbarem Corona-Rückgang anderswo bereits wieder Ferienprogramme angeboten. Mit Ausnahme von Bad Berneck. Und für dieses Jahr ist es für die notwendigen Vorarbeiten eigentlich bereits zu spät.“

Bürgermeister Jürgen Zinnert konnte darauf verweisen, dass im letzten Jahr gleich drei große Maßnahmen abgeschlossen werden konnten. Die Sanierungen der Burg Hohenberneck und der Kläranlage sowie der Hochwasserfreilegung Blumenau. „Dieses Jahr 2023 wird außerdem der städtische Haushalt ausgeglichen sein, ohne Kreditaufnahmen. Deshalb auch nicht genehmigungspflichtig.“

Berichte des Vorstands

Da die letzte Jahreshauptversammlung Ende Juli 2022 stattfand, fiel der Bericht der Vorsitzenden recht knapp aus. Die Öffentlichkeitsarbeit bestand aus 13 Posts auf der Facebookseite. Stellung genommen wurde dabei zu aktuellen politischen Themen, unter anderem zur Erhöhung des Mindestlohns, von der 7 Millionen Beschäftigte profitierten. Die Jahresabschlussfeier war intern gut besucht, öffentlich ebenso der Stand auf dem Weihnachtsmarkt. Die Kandidatenaufstellung und die Listenreihung für die Landtags- und Bezirkstagswahlen fanden mit Bernecker Beteiligung statt. Drei Vorstandsmitglieder besuchten außerdem kürzlich die „Ascherdonnerstags-Veranstaltung“ der SPD Tröstau mit Generalsekretär Kevin Kühnert im Golfhotel Fahrenbach.

Kassiererin Tanja Pauler trug ihren soliden Finanzbericht vor. Er schloss mit einem Überschuss, denn 2022 war kein Wahljahr. Für die Revisoren bestätigte Christine Schneider die ordnungsgemäße Buchführung und beantragte die Entlastung von Vorstand und Kassiererin. Diese erfolgte einstimmig.

Wahlen zum Vorstand, zu Revisoren und den Delegiertenämtern

In jeweils geheimen Wahlen wurden Zuhail Giray zur Vorsitzenden, Albrecht Diller zum Stellvertreter, Tanja Pauler zur Kassiererin und Dilara Giray zur Schriftführerin einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Ebenfalls einstimmig bestätigt wurden als Beisitzende Taner Ekici, Irene Heinzel, Harry Kröhn, Wolfgang Kruhme, Karin Pöhlmann, Juliane Riedelbauch, Udo Sauerstein und Jürgen Zinnert. Als einziger Vorstand der politischen Vereinigungen in der Stadt weist er ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal auf. Mit jeweils fünf Frauen und fünf Männern ist er paritätisch besetzt. Per Akklamation, also offen gewählt, wurden auch einstimmig Christine Schneider und Thomas Sauerstein wieder zu Revisoren.

Zu Delegierten der Kreiskonferenz BT-Land wurden in der Reihenfolge in geheimer Wahl bestimmt: Zuhail Giray, Albrecht Diller und Harry Kröhn. Ersatzdelegierte sind Jürgen Zinnert und Dilara Giray.

Delegierte der Unterbezirksversammlung BT sind Taner Ekici, Albrecht Diller und Zuhail Giray. Ersatzdelegierte sind Udo Sauerstein und Tanja Paulert.

Dann warf die nächste Europawahl ihre Schatten voraus. Noch vor Ablauf 31.03.2023 mussten die Delegierten zur Europa-Unterbezirkskonferenz für die Europawahl 2024 bestimmt werden. Dies sind Albrecht Diller, Dilara Giray und Zuhail Giray. Ersatzdelegierter ist Harry Kröhn.



Für 25 Jahre Mitgliedschaft in der SPD ehrten Vorsitzende Giray und Bezirksrat Griebhammer Vorstandsmitglied Irene Heinzl.